

Only playing with beans?

»Nun partizipiert mal schön!« (Rauch)

»Subpolitik« ist der Ort, so Ulrich Beck, an dem die Grenze zwischen Politik und Nichtpolitik verschwindet. Die Orte der Entscheidung sind nicht mehr in den politischen Institutionen zu finden: »Subpolitik unterscheidet sich von Politik [dadurch], dass [...] auch Akteure außerhalb des politischen und korporatistischen Systems auf der Bühne der Gesellschaftsgestaltung auftreten« (Beck 1993, 162). In ihrer Entgrenzung durchdringt und hinterfragt Subpolitik das hierarchische System der institutionellen Politik und schränkt seine Handlungsmöglichkeiten ein: »Politik ist nicht länger der Ort oder auch nur der zentrale Ort, an dem über die Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft entschieden wird« (Beck 1986, 371). Beck versteht Subpolitik als *Erfindung des Politischen* (1993) – als eine aus dem Untergrund der Lebenswelt entstehende (aktivistische) Politik sozialer Bewegungen. An den Orten der Subpolitik finde dadurch eine *Entgrenzung* des Politischen statt: Für Beck ist die gesellschaftliche Formierung von Subpolitik Anzeichen einer neuen alltagspraktischen politischen Kultur einer reflexiven Demokratisierung.

Diese Idee von Subpolitik inspiriert sich als emanzipatorisch verstehende Aktivistinnen, Planerinnen und Politikerinnen und wird von diesen in eine institutionalisierte Form gegossen. Subpolitik wird »simuliert« in unterschiedlichsten »partizipativen« Formaten: Die »Bürgerinitiative« oder auch der »Runde Tisch« – Inbegriff einer von unten entstehenden, sich schrittweise institutionalisierenden Subpolitik – als Formen spontanen Protestes werden umgeformt in »von oben« initiierte Formate, um die »da unten« in die regionalpolitische Planung zu integrieren. Die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) ist hier oft *Avantgarde* gewesen, ist doch EZA ein emanzipatorisches Projekt *avant la lettre*. Seit den späten 1970er Jahren hatte sich eine Reihe emanzipatorisch gefärbter Projektansätze unter Nichtregierungsorganisatio-

nen (NRO) gebildet. Stichworte waren *local self-help*, *empowerment*, *ownership* und *partnership*. Diese Projekte verstanden sich als »Subpolitik« – jenseits staatlicher Bevormundung.¹ Je ratloser die staatliche EZA angesichts ausbleibender Entwicklungserfolge wurde, desto stärker griff sie jedoch genau diese Ansätze aus der NRO-Welt auf. So stieg »Partizipation« in den 1990er Jahren in der EZA zu einer Art Orthodoxie auf (Cooke/Kothari 2001, 1).

»Klingt gut, wäre da nicht [...]«, so kommentiert Theo Rauch (1996, 20) schon früh die fast unbegrenzte Begeisterung für diesen Ansatz unter EZA-Expertinnen in jener Zeit: »diese pädagogisch gemeinte Anleitung zu ›Ownership‹ und ›Empowerment‹ [mutet] erst einmal als entmündigende Zwangsmaßnahme an«. In gewisser Weise sehen wir hier die »Ironie der strukturellen Reproduktion« in neuen Kleidern: Nicht mehr von oben verordnete Programme mit modernistischem Anspruch, wie sie noch James Ferguson kritisiert hatte, sondern simulierte Graswurzelprojekte reproduzieren einen kosmopolitischen Apparat, nun aber mit emanzipatorischer statt modernisierungstheoretischer Tonlage – jener Apparat, der aus dem Scheitern der eigenen Projekte seine weiterhin erforderliche Präsenz legitimiert (Li 2007, Venugopal 2018). Am Werk ist kein modernistischer Planungsjargon, sondern emanzipatorische »Anleitung« (Rauch). Diese emanzipatorische Anleitung wird in der Form eines »lokalen« Konsenses als vermeintlich »unpolitisch« verbrämt, obwohl sich darin ein kosmopolitischer Elitendiskurs reproduziert, der sich lokal angepasste Kleider verpasst, um nicht so aufzufallen. Das ist, vielleicht, die List des Sisyphos.

Klingt eben doch nicht so gut. In diesem Kapitel werde ich diese verschleierte Machtübernahme emanzipatorischer Planerinnen problematisieren. In Anlehnung an Chantal Mouffe, die Becks Begriff der Politik als postpolitisch kritisiert (Mouffe 2005), könnte man argumentieren, dass »Partizipation« (als »simulierte« Subpolitik) eine Form von Postpolitik darstellt, die die Unterscheidung von Freund und Feind – und damit eine fundamentale, ontologische Kategorie des Politischen – aufweicht, indem sie den Konsensus zur zentralen Logik des Politischen macht. Das Paradox liegt darin, dass simulierte Postpolitik genau damit die Machtfrage stellt und sich selbst zum neuen Souverän erklärt. Die List des Sisyphos liegt darin, dass die selbstlose Arbeit

1 In der EZA wurde jedoch nicht explizit auf Becks Begriff der »Subpolitik« Bezug genommen (die dieser aus seiner soziologischen Analyse reflexiver Modernisierung in den demokratischen Wohlstandsgesellschaften Europas abgeleitet und nicht auf Entwicklungsprobleme in Afrika oder Asien ausgedehnt hat).

der Expertinnen an der Emanzipation deren Machtanspruch verbrämt. Simulierte Subpolitik verschiebt die Machtfrage in einen Raum des Konsenses als Ort der Entscheidung. Konsens wird zum Ausnahmezustand, in dem die »Norm«, die »Ordnung« und die »Gesetze« – also das, was wir als die institutionalisierte Politik (die staatliche Ordnung) ansehen – zwar bestehen (bleiben), aber nicht zur Anwendung kommen und andere Handlungen, hier die Konsensbildung, die nicht den Stellenwert von Gesetzen oder traditionellen Normen besitzt, deren Kraft gewinnen und sie temporär ersetzen.

Partizipation als Tyrannei?

Only playing with beans? – diese Frage stellen Christoph Backhaus und Rukman Wagachi 1995 in einem Beitrag, als *Participation Learning and Action* (PLA) in der staatlichen EZA ganz groß in Mode kam (Backhaus/Wagachchi 1995). Zwei Punkte werden hier subtil miteinander in Verbindung gebracht. Zum einen geht es um einen Fetisch partizipativer Workshops, die unter dem Label »PLA« abgehalten wurden: Dabei ging es um die Idee, in Planungsworkshops in abgelegenen ländlichen Regionen sollten nur solche Materialien zur Visualisierung eingesetzt werden, die lokal verfügbar seien (meist seien dies Bohnen, Stöckchen und Steine gewesen). Damit hätten die lokalen Lebensumstände ernst genommen werden sollen: *only playing with beans*. Zugleich steht die Frage im Raum, ob diese Planungsworkshops ernst zu nehmen seien: spielen die Planerinnen nur – *only playing with beans*? Oder werden hier doch ernsthafte Dinge verhandelt, z.B. die Zuteilung von EZA-Ressourcen. Backhaus und Wagachchi beziehen ihren Titel zudem darauf, dass sich viele Workshopteilnehmerinnen in Sri Lanka, wo sie arbeiteten, nicht ernst genommen fühlten, als sie mit Stöckchen und Steinchen hantieren sollten, um Planungsergebnisse darzustellen.

Die Frage *Only playing with beans?* zeigt, dass es sich bei PLA um ein Beispiel für die *Simulierung* von Subpolitik handelt. Die Erfinderinnen – alles kritische, linke Akademikerinnen im Umfeld des *Institute of Development Studies* (IDS) in Brighton – verfolgten durchaus subversive Absichten: PLA sollte eine Verschiebung der gesellschaftlichen Machtbereiche ermöglichen und EZA herausführen aus den politischen Institutionen des postkolonialen Staates und der bestehenden hierarchischen kulturellen Ordnungen – hin zu gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen der »Zivilgesellschaft« (vgl. Geiser 2007). PLA wurde in den 1990er Jahren bei vielen EZA-Organisationen popu-

lär, da es als eine effektive Antwort auf die wenig erfolgreiche regionale Entwicklungsplanung der letzten 20 Jahre gesehen wurde (Chambers 1994). PLA sollte helfen, Entwicklungsprojekte näher an den Bedürfnissen der Betroffenen zu planen. Durch Partizipation sollte die ländliche Bevölkerung politisch aktiviert werden, eigene Rechte einfordern und auf ihre Bedürfnisse hinweisen (Nelson/Wright 1995). Planerinnen und Aktivistinnen sollten moderieren und Ermöglichungsräume aufzeigen, statt selbst zu planen.

Subpolitik wird hier in einem klar begrenzten raumzeitlichen Container simuliert: in Form eines zeitlich und räumlich geschlossenen Workshops, meist in mehrtägigen Veranstaltungen, an denen die Bevölkerung eines ganzen Dorfes beteiligt wird. Neben Veranstaltungen für die ganze Bevölkerung werden auch Sitzungen mit einzelnen sozialen Gruppen abgehalten, um deren spezifische Sicht aufnehmen und in die Plenumsveranstaltungen einbringen zu können. Externe Planerinnen sollen als Moderatorinnen die gleichberechtigte Teilnahme aller Beteiligten durch spezielle Visualisierungs- und Moderationsmethoden gewährleisten – mithilfe der sogenannten *PLA Toolbox* (mit ihren *beans* ...). Am Ende dieses Verfahrens steht idealerweise eine Problemanalyse mit Umsetzungsplänen, die von der ganzen Dorfgemeinschaft getragen und unterstützt wird. Dies, so lautet eine der impliziten Annahmen von PLA, intensiviere das Gefühl von *ownership* unter den Betroffenen, da sie die so geplanten Projekte als ihre eigenen wahrnehmen würden. Dadurch erhofft man sich eine größere Nachhaltigkeit von Projekten, eine größere Beteiligung an der Umsetzung und eine bessere Anpasstheit an die lokalen sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen.

In die allgemeine Euphorie, die mit dem Partizipationsboom verbunden war, platzte 2001 ein Buch mit dem provokativen Titel *Participation – The New Tyranny?*, das Theorie und Praxis von PLA einer grundlegenden Kritik unterzieht (Cooke/Kothari 2001). Cooke und Kothari betrachten PLA (und andere in der EZA praktizierte Partizipationsmoden und -diskurse) als illegitime, ungerechte Ausübung von Macht. Dies bezeichnen sie als »Tyrannei«, die sich in drei Weisen formiere (Cooke/Kothari 2001, 7-8): Erstens könne die Macht externer Moderatorinnen zu einer *Tyrannei der Entscheidungsfindung* mutieren, wenn sie Entscheidungsfindungsprozesse in ihrem Sinne beeinflusse und kanalisieren. Zweitens führe interner Gruppenzwang oft zu einer *Tyrannei der Gruppe* mit der Folge, dass die Interessen der Mächtigen und Einflussreichen perpetuiert würden. Drittens seien viele PLA-Verfahren durch eine zu mechanistische Anwendung des ausgefeilten PLA-Methodenbaukastens geprägt.

Dies führe zu einer *Tyrannie der Methode*, da ein enges Methodenkorsett entstehe, das die Artikulation lokaler Bedürfnisse nur unzureichend anrege.

Tatsächlich sind diese Kritikpunkte sowohl in der Theorie (Kapoor 2002, 2005, Leeuwis 2000, Williams 2004) als auch in der Praxis (Alff et al. 1998, Korf 2002, Kühl 1998, Rauch 1996) detailliert bestätigt worden. Die schnelle Verbreitung der Methode hatte in der Durchführung oft zu fragwürdigen Praktiken geführt. So zeigte sich zum Beispiel, dass es vielen Entwicklungsexpertinnen, NGO-Aktivistinnen und lokalen Bürokratinnen schwerfiel, ihre eigene Rolle umzudeuten und ihre kulturelle Überheblichkeit zu überwinden, die sich aufgrund von Kasten- oder Klassenzugehörigkeit in ihren alltäglichen Habitus eingeschlichen hatte. Auch zeitigten die Prozesse und Ergebnisse vieler PLA-Workshops nur wieder konventionelle Projektvorschläge und *shopping lists*, die sich an dem orientierten, was die lokale Bevölkerung mit »Entwicklung« in Verbindung brachte, also dem, was ihr von lokalen Bürokratinnen und NGO-Aktivistinnen seit langem suggeriert worden war. In anderen Fällen entpuppte sich PLA letztlich als ein Verfahren zur Legitimierung von Elitenentscheidungen.

Ein grundlegendes Problem stellte sich mit der Frage der Breitenwirksamkeit. Sollte Partizipation auf einzelne »Projektinseln« beschränkt, also eine *Ausnahmeerscheinung* bleiben? Oder sollte es eine Standardmethode der ländlichen Entwicklungsplanung werden und damit möglichst vielen Menschen und Gemeinden zugutekommen? Hier eröffnet sich ein Spannungsfeld, denn eine auf Ermächtigung abzielende Partizipationsmethode, als die PLA insbesondere in ihrer Gründungsperiode verstanden wurde, lässt sich schwerlich als ein staatliches Planungsverfahren verordnen, durch das eben diese bürokratische Ordnung und ihre Macht potenziell herausfordert würden – nichts anderes würde die Ermächtigung bislang Stimmloser und deren Teilhabe an der Macht letztendlich bedeuten. Insgesamt bleibt deshalb die Bilanz partizipativer Ansätze in der EZA ambivalent: Zwar haben partizipative Prozesse auf lokaler Ebene erst die Notwendigkeit und die Möglichkeit demonstriert, die lokale Bevölkerung an Entwicklung zu beteiligen (Hickey/Mohan 2004, Williams 2004), doch haben sich in den Niederungen der Praxis auch die Grenzen partizipativer Planungsmethoden gezeigt.

Ort der Entscheidung

Das Kernproblem, auf das der Tyranneivorwurf hinausläuft, ist die Legitimationsfrage: Wie können wir beurteilen, ob und wann eine Entscheidung aus einem partizipativen Prozess legitim (bzw. legitimiert) ist? Zwei Gründe sprechen meines Erachtens dafür, dass sich ein PLA-Verfahren einer besonders kritischen Prüfung stellen muss. Erstens ist PLA ein *Ausnahmeverfahren*, das bestehende institutionalisierte Entscheidungsverfahren *ersetzt*. Konventionelle Gremien, die in institutionalisierten Verfahren zur Anwendung kommen, zum Beispiel das Gemeindeparlament in einem Dorf in Brandenburg oder der Ältestenrat eines *Chiefs* in Ghana, besitzen bereits eine Legitimität zur Entscheidungsfindung. Im Falle demokratischer Parlamente speist sich die rechtfertigende Macht (bzw. die praxeologische Legitimation) aus (Wahl-)Verfahren – eingebettet in eine verfassungsrechtliche Ordnung. Im Falle traditioneller Autoritäten, wie eines ghanaischen *Chiefs*, leitet sich diese Legitimität genealogisch von familiärer Herkunft ab.

Dass diese Verfahren bereits bestehen und praktiziert werden, sagt noch nichts über ihre Gerechtigkeit oder Angemessenheit aus. Doch beziehen sie faktische Legitimation aus der Genealogie der sozialen Praktiken der Herrschaftsausübung und ihrer Verfahren. PLA hingegen kommt in dieses politische Feld als etwas, das bislang noch nicht vorhanden war, als ein externer Verfahrensvorschlag zur Generierung von Legitimation kollektiver Entscheidungen. PLA muss deshalb die Quellen seiner Legitimation explizit und gegenüber den vorhandenen Verfahren als überlegen ausweisen. Dieser Legitimationsdruck wird noch durch den Tatbestand verschärft, dass PLA oft als Verfahren angewendet wird, um substantielle finanzielle Ressourcen der EZA in den ländlichen Raum zu kanalisieren, die die Entwicklung ländlicher Kommunen signifikant beeinflussen.

Legitimation kann in einem Verfahren entweder über den Prozess oder das Resultat hergestellt werden. Da simulierte Subpolitik oft in einem Kontext stattfindet, in dem immer weniger Einigkeit über »Fakten« und Ergebnisse der Politik erzielt werden kann, gewinnen prozedurale und diskursive Rationalitäten an Bedeutung (Conrad 1997). Legitimation speist sich dann aus dem Verfahren. PLA stellt Legitimität durch Konsens her. PLA ist als ein offenes Forum konzipiert, in dem potenziell alle Betroffenen in die Problemanalyse und Entscheidungsfindung eingebunden werden. Grundidee des offenen Forums ist, dass Deliberation, also der herrschaftsfreie Diskurs gleichberechtigter Diskurspartnerinnen, zu einem Konsens führt – also zu einer Entscheidung

(darüber, was die zentralen Probleme sind, und mit welchen Aktionen sie überwunden werden können). Entscheidungsfindung im Konsens wird über die Praktik des herrschaftsfreien Diskurses legitimiert, entsprechend des diskursethischen Konzepts von Jürgen Habermas (1991), obwohl dieser Bezug in der Literatur zu partizipativen Planungsmethoden in der EZA kaum expliziert wird (vgl. kritisch dazu: Kapoor 2002, Leeuwis 2000, 937). Für Habermas ist der herrschaftsfreie Diskurs, also der Prozess der Deliberation, ausschlaggebend für die Gerechtigkeit und Legitimität eines Verfahrens und damit auch seines Ergebnisses (Habermas 1994).

Implizit liegt bei PLA jedoch ein Paradox in der Entscheidungsfindung vor: PLA verinnerlicht zwei Logiken, die sich widersprechen. Ich möchte sie die Kant'sche und die Hegel'sche Logik nennen (vgl. Korf 2007b, 264). Auf der einen Seite soll PLA gerade die lokal verdichteten Bedürfnisse, Erfahrungen und Deutungen in ihrer historischen Gewordenheit »zur Sprache bringen« – es geht gerade nicht um die Überstülpung westlicher Vorstellungen und Vorschläge. Dies möchte ich die Hegel'sche Logik nennen, da sie sich auf ein lokales, historisch gewordenen kollektives Subjekt (»die Dorfgemeinschaft«) bezieht. Dieses historisch gewordene kollektive Subjekt soll jedoch durch das Ideal einer universalistischen Methode konstituiert werden. Hier kommt eine Kant'sche Logik zum Tragen. Das Spannungsfeld ergibt sich daraus, dass auf der einen Seite mit einer partikularistischen Logik der Legitimität argumentiert wird, aber dafür ein universalistisch begründetes Verfahren (Diskursethik) in Anwendung gebracht wird.

Schon für sich genommen weisen beide Logiken grundlegende Probleme auf: Im Falle der Hegel'schen Logik handelt es sich um einen naturalistischen Fehlschluss, da aus der historischen Gewordenheit auch die normative Gewünschtheit abgeleitet wird. Doch lässt sich aus einem Ist-Zustand nicht zwingend dessen Normativität ableiten – nicht alles, was ist, sollte auch sein. So rügt schon David Hume im dritten Buch seines *Treatise of Human Nature* ([1740] 1978, Book III, I.1) den unvermittelten Übergang von beschreibenden Sätzen, die eine Tatsache feststellen, zu solchen, die eine Sollensvorschrift machen. Für Letztere seien Gründe anzugeben, allein Fakten (in diesem Fall die historische Gewordenheit) zu Normen zu erklären, reiche nicht aus. Entscheidungen, die ein historisch gewordenen kollektives Subjekt (eine Dorfgemeinschaft) fällt, müssen deshalb nicht notwendigerweise gerecht und legitim sein, nur weil sie in einem historisch gewordenen Legitimationsverfahren, z.B. unter der genealogisch gerechtfertigten Häuptlingsherrschaft, entstanden sind. Gegen diese normative Kraft des Faktischen wendet sich der

Ansatz simulierter Subpolitik, indem er der Legitimation durch Genealogie diejenige durch Verfahren entgegensetzt. Diese folgt dem Prinzip nach jedoch Kant, und nicht Hegel.

Tabelle 3: Spannungsfeld von Hegel'scher und Kant'scher Logik

Hegel'sche Logik	Kant'sche Logik
Partikularistische Logik der historischen Gewordenheit des kollektiven Subjekts	Universalistisches Ideal des herrschaftsfreien Diskurses
Gefahr: naturalistischer Fehlschluss	Gefahr: deliberative Lücke

Die Kant'sche Logik der Diskursethik bzw. das Konzept des herrschaftsfreien Diskurses ist ein normatives Ideal. In der realen Welt können wir dieses Ideal anstreben, aber in praktischen politischen Diskussionen werden nicht nur rational begründete Argumente ausgetauscht, vielmehr spielen auch Emotionen, Einschüchterungen, Demagogie und Begeisterungsfähigkeit ihre Rollen (Walzer 1999) – und vor allem Macht. Es besteht die Gefahr einer deliberativen Lücke: Das Verfahren hält nicht, was es verspricht, da es durch Machteffekte verzerrt wird. Das Konzept von PLA sieht in der Moderatorin und in den Visualisierungsmethoden das Instrument, um sich dem Ideal des herrschaftsfreien Diskurses anzunähern (Kapoor 2002, Leeuwis 2000). Doch wer setzt die Agenda? Wer beteiligt sich am Diskurs? Wer kann sich überhaupt die Zeit nehmen, an einem Workshop teilzunehmen? (Vgl. Agarwal 2001, Korf 2002, Mosse 2001) Die Planungsinstrumente des PLA-Baukastens reichen offensichtlich nicht aus, einen herrschaftsfreien Diskurs herzustellen (Cooke/Kothari 2001, Leeuwis 2000, Kapoor 2002). Auch stellt sich die Frage, ob das Konzept des herrschaftsfreien, offenen Diskurses in allen Gesellschaften als angemessene Methode der Entscheidungsfindung anerkannt ist, oder ob es sich um einen Eurozentrismus handelt, der ein im Westen anerkanntes, normatives Prinzip universalisiert (vgl. Kapoor 2002).

Ein postpolitischer Ausnahmezustand?

In ihrer Streitschrift *On the Political* (2005) kritisiert Chantal Mouffe die Problematik einer konsensus-orientierten, auf Deliberation abzielenden Subpolitik als post-politische Aspiration. Sie kritisiert insbesondere Becks Beob-

achtungen zur Neuorientierung des Politischen. Für Beck ergibt sich aus der zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft die Möglichkeit, das Politische neu zu erfinden, und zwar als eine Politik, die sich vom Entweder-oder-Schema (entweder links oder rechts, entweder Kapitalismus oder Sozialismus) verabschiedet (Beck 1993). Dieses Neue des Politischen findet sich für Beck in der Subpolitik, die sich außerhalb der institutionalisierten Politik abspielt. Mouffe sieht in Becks Vorschlägen eine gefährliche Tendenz zur Postpolitik. *Postpolitisch* deshalb, weil Beck aus ihrer Sicht die grundlegende ontologische Dimension des Politischen verkennt: den Antagonismus der Freund-Feind-Unterscheidung.

Mouffe greift hier in einem nicht unproblematischen Schritt auf Carl Schmitt zurück. Schmitt hatte geschrieben: »Die spezifisch politische Unterscheidung [...] ist die Unterscheidung von Freund und Feind« (Schmitt [1932] 2003, 26). Mouffe übernimmt diese ontologische Setzung Schmitts – und wie sie tun dies viele radikale Demokratietheoretikerinnen. Für Mouffe besteht in der vermeintlich postpolitischen Aspiration die Gefahr, dass durch das Bedürfnis nach rationaler Konsensus-Bildung die Freund-Feind-Unterscheidung tabuisiert werde, die das Politische ontologisch begründe, und dass damit das Politische an sich marginalisiert werde. Nur über Unterscheidungen von »wir« und »sie« sei Identitätsbildung möglich. Durch postpolitische Konsensverfahren werde diese Unterscheidung unterlaufen, doch könne man das Denken im Freund-Feind-Schema letztlich nicht verhindern. In der postpolitischen Aspiration würden, so Mouffe, moralisierende Freund-Feind-Unterscheidungen getroffen, die zum Ausschluss bestimmter Gruppen führten und dadurch erst zu verschärften gesellschaftlichen Antagonismen beitrügen, was sich zum Beispiel im Anwachsen des Rechtspopulismus in Europa zeige (Mouffe 2005, 69f.). Stattdessen sei es notwendig, die Freund-Feind-Unterscheidung zuzulassen und durch *agonistische* Verfahren zu bündeln und zu kanalisieren. Chantal Mouffe plädiert deshalb für eine »kämpferische« Politik, die die agonistische Auseinandersetzung zwischen »uns« und »ihnen« zulässt, jedoch in gezähmte Bahnen lenkt.

Die ontologische Positionierung radikaler Demokratietheorie, die in der kritischen Geographie auf so viel Sympathie trifft, definiert *a priori*, wo der Ort des Politischen sein *sollte* – und lädt diesen damit moralisch auf. Bei Chantal Mouffe oder auch Jacques Rancière führt die begriffliche Unterscheidung von Politik und dem Politischen (Mouffe 2005) bzw. von Polizei und Politik (Rancière 2002, 33ff.) zu einem antiliberalen Affekt (gegen Theorien liberaler Demokratie oder auch der Deliberation) und einem antiinstitutionellen Blick,

der das Politische *außerhalb* staatlicher Institutionen verortet. Dieser Ort des Politischen als außerordentliches Ereignis einer »Subpolitik« positioniert sich außerhalb der alltäglichen politischen Praktiken (und fühlt sich ihnen gegenüber moralisch überlegen) und versteht sich als subversiv. Damit verbunden ist eine empirische Vorliebe für soziale Protest- und Bürgerbewegungen – für die marginalen »Gegenorte« jenseits des politischen Mainstreams, die mittels spezifischer Ereignisse bestehende politische und gesellschaftliche Muster und Verfahren stören, irritieren oder destabilisieren (vgl. kritisch dazu: Barnett 2004, Barnett/Bridge 2012, Featherstone/Korf 2012, Korf 2009).

Doch ist diese subversive Position nicht eigentlich auch – liest man Mouffe *contra* Mouffe – »postpolitisch«, da sie alles, was gemeinhin als »politisch« behandelt wird, *moralisch* abwertet und damit ausgrenzt? Dieses Paradox im Innern der radikalen Demokratietheorie zeigt sich besonders deutlich in der Zwitterform *simulierter* Subpolitik. Hier wird »das Politische« außerhalb der Politik in *postpolitische* Formen der Deliberation gegossen. In der simulierten Subpolitik wird der Konsens zum Ort des Politischen. In ihrem Affekt gegen Habermas, der auch in der kritischen Geographie weit verbreitet ist (dazu: Barnett 2017), wendet sich Mouffe gegen dessen Idee eines »herrschaftsfreien Diskurses« und gegen Verfahren der Deliberation und denunziert diese als postpolitisch. Dabei handelt es sich vermutlich um ein Missverständnis, denn auch diese deliberativen Verfahren beanspruchen einen Raum des Politischen außerhalb der etablierten Institutionen der liberalen Demokratie, deren Machtstrukturen gerade über den deliberativen (»herrschaftsfreien«) Prozess umgangen werden sollen. Simulierte Subpolitik ist also *zugleich* politisch und postpolitisch: politisch, weil der herrschaftsfreie Diskurs außerhalb der »Politik« stattfinden soll; postpolitisch, weil der Konsens agonistischen Dynamiken entgegenläuft und zugleich abweichende Meinungen, die im Konsens nicht abgebildet werden, moralisch ausschließt.

Inwiefern betrifft dieses Paradox partizipative Planungsprozesse in der EZA (und darüber hinaus)? Planungsmethoden wie PLA sind eine Form simulierter Subpolitik, ein Verfahren, dass konsensbildende Entscheidungsfindung in der EZA institutionalisieren möchte. Sie formulieren eine postpolitische Aspiration. Damit wird »Entwicklung« und »EZA« aus dem Politischen ausgeklammert. PLA soll Politik als schmutziges Geschäft aus der EZA heraushalten – es ist eine emanzipatorisch verbrämte Version der *anti-politics machine* (Ferguson 1994). Die verschiedenen Instrumente und Prinzipien (Moderation, Visualisierung), die in PLA zur Anwendung kommen, sollen Entwicklung als einen Prozess vom Freund-Feind-Schema sozialer Antago-

nismen loslösen. PLA schafft einen politischen Ausnahmezustand, indem es einen politischen Raum jenseits der institutionalisierten Politik eröffnet. PLA ist insofern »politisch« im Sinne der »Postpolitik«, und damit gerade nicht das, was Carl Schmitt oder Chantal Mouffe als »das Politische« bezeichnen. Paradoxerweise erhält dadurch das Politische doch wieder Einzug in die Postpolitik der EZA, als *postpolitischer* Raum des Politischen – so wie die *anti-politics machine* politisch ist (vgl. dazu das *vierte Kapitel* »Formen der Kritik«).

PLA als Postpolitik schafft somit einen Ausnahmezustand, einen Zustand außerhalb der institutionalisierten Politik, in dem eine Entscheidung gefällt wird. Der Begriff »Ausnahme«, oder genauer »Ausnahmezustand«, wurde ursprünglich von Carl Schmitt mit dem Diktum geprägt: »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet« (Schmitt [1922] 2004, 13). Carl Schmitt war fasziniert von der Entscheidung als rechtssetzender Kraft im Ausnahmezustand. Was als letzte Maßnahme der staatlichen Ordnung erscheint, nämlich die Option, die gesamte Rechtsordnung aufzuheben, markiert für Schmitt den Ursprung aller Rechtsgeltung. Damit wird für Schmitt das Recht des Souveräns im Ausnahmezustand begründet, als nicht begründbar, sondern nur qua Entscheidung geltungsfähig. In diesem Sinne könnte man PLA als einen raumzeitlichen Container des Ausnahmezustands ansehen, der durch die dezisionistische Dynamik des Verfahrens zur rechtssetzenden Kraft wird. Die deliberative Rhetorik emanzipatorischer Expertinnen suggeriert jedoch einen *postpolitischen* Raum, wohingegen Schmitt die Ausnahme als intensivsten Ausdruck der Freund-Feind-Logik des Politischen versteht.

Tabelle 4: Ausnahmezustand (AZ)

Carl Schmitt	Giorgio Agamben
AZ = Ereignis (des Rechts) Dezision (Entscheidung)	AZ = topologische Figur Ununterscheidbarkeit

In Abgrenzung zu Carl Schmitt betont Giorgio Agamben die *Ununterscheidbarkeit* von Ausnahmezustand und Regel (vgl. Tabelle 2): Der Ausnahmezustand wird zur Regel. Giorgio Agamben definiert den Ausnahmezustand als »einen Zustand des Gesetzes, in dem die Norm zwar gilt, aber nicht angewendet wird (weil sie keine ›Kraft‹ hat) und auf der anderen Seite Handlungen, die nicht den Stellenwert von Gesetzen haben, deren Kraft gewinnen« (Agamben 2004a, 49). Agamben formuliert hier das Paradox,

dass im Ausnahmezustand eine Ineffektivität des Gesetzes wirksam ist – eine passive Aktivität, eine Wirkung ohne Wirkkraft. Während für Schmitt der Ausnahmezustand als Ereignis des Rechts noch im Recht verortet ist, verwischen für Agamben Gewalt und Gerechtigkeit *im Inneren* des Rechts. Für Agamben ist der Ausnahmezustand eine topologische Figur und durchdringt das Recht: »Der Ausnahmezustand ist demnach nicht so sehr eine raumzeitliche Aufhebung als vielmehr eine topologische Figur, in der nicht nur Ausnahme und Regel, sondern Naturzustand und Recht, das Draußen und das Drinnen, ineinander übergehen« (Agamben 2002a, 48).

Konsens, PLA und »Partizipation« sind, was Giorgio Agamben als die »Schwelle der Ordnung« bezeichnet – der Ursprung, der Ort, an dem die Ordnung konstituiert wird. Partizipation wird insofern zu einem Ausnahmezustand, als der PLA-Workshop ein Ort ist, an dem die Ordnung (die institutionalisierte Politik) aufgehoben und *temporär* außer Kraft gesetzt wird. So werden Projekte nicht mehr im Ältestenrat eines ghanaischen *Chiefs*, in der Runde der Klanältesten in Somalia oder im Gemeindeparlament in Deutschland verhandelt, sondern im politischen Raum der Deliberation, der durch PLA hergestellt wird. Zwar können in diesem Raum auch die Akteurinnen der konventionellen Ordnung, zum Beispiel der *Chief*, die Bürgermeisterin oder die Gemeinderätin teilnehmen, doch werden die Verfahrensregeln und der Prozess von auswärtigen Akteurinnen, den PLA-Moderatorinnen, gesteuert. Somit wird der PLA-Workshop zum Ort, an dem die Ordnung dasjenige berührt, was nicht mehr zur Ordnung gehört. Der PLA-Workshop ist der Ort, an dem sich »lokale« Gesellschaften und ihre Ordnung mit der Welt der EZA treffen.

In der Interventionspraxis bleibt der PLA-Workshop nicht ein temporärer Container des Ausnahmezustands in einer Art Projektinsel. Vielmehr werden partizipative Methoden permanent – immer wieder – durch- und aufgeführt, wodurch sich eine neue Ordnung performativ konstituiert: der permanente Ausnahmezustand der EZA, der viele Empfängerländer in Afrika und Asien durchdringt und traditionelle Autoritäten und Verfahren unterminiert. PLA als Ausnahme bleibt nicht auf ein temporäres Ereignis beschränkt, das einmalig die bestehende Ordnung aufhebt (und sie danach wieder einsetzt). »Partizipation« wird zur *topologischen* Figur, zur Beziehungsform (vgl. Geulen 2005, 73). »Partizipation« als permanente Ausnahme verwischt die Freund-Feind-Schemata der bestehenden Ordnung – und verhindert so die agonistische Auseinandersetzung, die Chantal Mouffe für den grundlegenden Bestandteil des Politischen hält – bzw. schließt den Agonismus aus dem postpolitischen

Raum der partizipativen Planung aus. PLA erklärt somit einen »postpolitischen« Ausnahmezustand.

Freilich finden wir in vielen Einsatzgebieten von EZA – neben den traditionellen (z.B. *Chief*), den postkolonialen, staatlichen (z.B. gewählte Dorfparlamente) und den neuen, technokratischen Entscheidungsforen (z.B. PLA) – noch ganz andere, gewaltorientierte Formen von »Subpolitik«, die sich in gewaltoffenen Räumen (Elwert 1997) von Bürgerkriegen oder im Kontext von Bandenkriminalität entwickeln. Diese schaffen ganz andere »Ausnahmezustände« als die EZA. Auch in diesen gewaltoffenen Räumen wird die bestehende Ordnung suspendiert – doch nicht durch eine Aufweichung des Freund-Feind-Schemas, sondern durch dessen gewaltsame Instrumentalisierung und Intensivierung. In einem solchen Kontext verliert PLA ihre postpolitische Unschuld.

Dies wurde mir vor Augen geführt, als ich vor vielen Jahren an einem PLA-Workshop in Sri Lankas Bürgerkriegsgebiet teilnahm. Eine Gruppe von lokalen Verwaltungsangestellten und NRO-Mitarbeitenden fuhr in ein von den *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) kontrolliertes Gebiet, um in einem abgelegenen und extrem armen Dorf einen PLA-Workshop durchzuführen. Geplant war eine Bestandsaufnahme der Situation und die Identifizierung möglicher Entwicklungsinterventionen, um die Ernährungssicherung der lokalen Bevölkerung zu verbessern. Zu diesem Zeitpunkt wusste das Planungsteam wenig über die Situation in den »*uncleared areas*«, die unter Kontrolle der Rebellen stand. Kaum war das Planungsteam mit seinen weißen Jeeps im Dorf angekommen, wurde es schon von einem Boten des lokalen Rebellenkommandanten empfangen und an einen abgelegenen Ort gerufen. So setzte sich der Fahrzeugtross wieder in Bewegung und quälte sich durch enge Pfade seinen Weg zum angegebenen Ort. Dort angekommen, erklärte der Kommandant dem Team, dass er selbst am besten wisse, was die Menschen in dem Dorf und überhaupt in seinem Gebiet bräuchten. Es sei deshalb nicht notwendig, mit der dortigen Bevölkerung einen Workshop abzuhalten. Das sei vielmehr Zeitverschwendung – für das Team ebenso wie für die Bevölkerung.

Es kam zu einer längeren Diskussion, deren genauen Wortlaut ich leider nicht folgen konnte. Plötzlich flüsterte mir ein Kollege zu, wir könnten jetzt doch ins Dorf fahren und unseren Workshop durchführen. Der Kommandant habe sein Einvernehmen gegeben. Nach dem etwas einschüchternden Empfang kam diese Nachricht etwas überraschend. Wieso ließ der Kommandant die Planungsgruppe doch ins Dorf gehen und ihren Workshop durchführen? Fragen konnten wir ihn damals nicht. Meine Interpretation der damaligen

Situation ist (vgl. Korf 2006b, 57f.): Er hatte Bedenken bekommen, das Team könnte einfach abziehen, ohne die anvisierten Projekte durchzuführen. Das wollte der Kommandant dann doch nicht riskieren: die Hilfgelder nicht zu bekommen. Aber er hatte mit seiner Vorladung zugleich klargemacht, wer der Chef ist: dass in seinem Territorium keine Projekte gegen seinen Willen geplant werden könnten. Was diese Anekdote aufzeigt, ist, dass hier Fragen der Souveränität verhandelt wurden: Wer hat das Sagen? Wer kann entscheiden, welche Projekte in einem Dorf umgesetzt werden, selbst wenn das Geld von außen kommt? Der Rebellenkommandant hatte also sofort verstanden, dass es bei PLA nicht nur um »*only playing with beans*« ging, sondern um die Frage: Wer ist der Souverän (wer entscheidet)?

Wie subversiv ist »Partizipation«?

In der achten These über den Begriff der Geschichte schreibt Walter Benjamin, dass »der ›Ausnahmestand‹, in dem wir leben, die Regel ist« (Benjamin 1977, 254). Benjamin erkennt im Bestehenden selbst das Monopol der Legalität, der Wahrheit, des Rechts, dessen Gewaltcharakter sich in den »Ausnahmeständen« (der Weimarer Republik und des Dritten Reiches) zeige. In gewisser Weise versucht auch EZA mit ihrem *will to improve* (Li 2007) einen Ausnahmestand herbeizuführen, der über die legalistische oder genealogische Konstruktion von Legitimation und Recht in postkolonialen Staaten mit ihren hybriden Herrschaftsstrukturen hinausgeht. EZA als simulierte Subpolitik postuliert damit neue, emanzipatorische Räume für das Politische, die durch deliberative Techniken einen *postpolitischen* Ausnahmestand herstellen. Es entsteht ein alternativer Ort der Entscheidung – mit erhofftem emanzipatorischem und transformatorischem Effekt (*empowerment*). Walter Benjamin geht es jedoch um die Herbeiführung eines *wirklichen* Ausnahmestands als eines revolutionären Akts (Marcuse 1965, 100), nicht als eines technokratischen Akts simulierter Subpolitik.

PLA und EZA sind nicht revolutionär, sondern vermischen sich mit der bestehenden Ordnung, da sie Subpolitik ja nur simulieren. Der PLA-Workshop wird somit nicht zum wirklichen Ausnahmestand, wie ihn Benjamin versteht, sondern zum Ort, an dem die bestehende Ordnung temporär suspendiert wird. Aber die postpolitische Semantik (Deliberation), mit der der Ausnahmestand ausgerufen wird, macht PLA zu einer *anti-politics machine*, wie James Ferguson es nennt: zu einer kosmopolitisch moderierten Konsensord-

nung, die aber mit der Politik postkolonialer Gesellschaften verstrickt bleibt. PLA schafft Räume der Entscheidungsfindung außerhalb der bestehenden Ordnung, doch bleiben diese Räume an die bestehende Ordnung rückgebunden: EZA generiert den Ausnahmezustand, der dann zum Ursprung einer bürokratisierten Ordnung wird, die Ausnahme und Regel vermischt. Die Ausnahme wird permanent – als EZA – und vermischt sich mit der bestehenden Ordnung lokaler Politik. EZA und Nicht-EZA-Welt werden ununterscheidbar, jedoch in einer Welt, in der »das Politische« verloren gegangen ist zugunsten einer sich als progressiv verstehenden Expertokratie, die selbst im aktivistischen Modus einer simulierten Subpolitik agiert.

Das Problem mit der simulierten Subpolitik liegt deshalb nicht nur im individuellen Versagen progressiver Expertinnen und Aktivistinnen – in herablassendem Paternalismus (Kapoor 2002) und pädagogischer Bevormundung (Rauch 1996). Das Problem ist strukturell: Eine sich als progressiv und emanzipatorisch verstehende kosmopolitische Expertokratie versucht über die Errichtung eines deliberativen Raums, als dessen Schiedsrichterin sie sich etabliert (Wer darf teilnehmen? Wer darf reden? Usw.), in Strukturen postkolonialer Gesellschaften einzugreifen. »Herrschaftsfreier Diskurs« mutiert zu einem Instrument der Herrschaft, zuerst im Kleinen (den Projektinseln), doch mit dem Anspruch, simulierte Subpolitik zum Mainstream zu machen, im Fachjargon: »Breitenwirksamkeit« zu erzielen. Der Moralismus dieser Orthodoxie (»Partizipation kann doch nicht falsch sein [...]«) verhinderte lange einen ungetrübten Blick auf die Absurditäten im Projektalltag, wie sie Theo Rauch (1996) so pointiert skizziert, der die »manipulative Vernunft« (Musto 1987) postpolitischer Expertokratie aufzeigt, die ihre emanzipatorischen Visionen in postkolonialen Gesellschaften ausprobieren, wie in einer Art Labor progressiver Politik.

Aber haben wir hier auf theoretischer Ebene nicht mit Kanonen (Agamben, Mouffe, Schmitt) auf Spatzen (PLA) geschossen? Ist PLA nicht eine *anti-politics machine en miniature*? Warum sollten wir uns groß aufregen über die Projektinseln, die sich emanzipatorisch berufen fühlender progressiver EZA-Expertinnen und NRO-Aktivistinnen, die in geschützten Projektkontexten Subpolitik simulieren, aber damit kaum flächendeckend Wirksamkeit erzielen, noch die politischen Machtgefüge postkolonialer Staaten ernsthaft erschüttern? *Die also eigentlich gescheitert sind*? Genau in diesem Scheitern aber kommt die »Ironie der strukturellen Reproduktion« (Fernandez) der *anti-politics machine* zum Vorschein: Das Scheitern legitimiert nur wieder die nächste moralisch notwendige Intervention (vgl. Li 2007, Mosse 2005, Venu-

gopal 2018), die im Namen eines moralischen Imperativs (Armut beseitigen!) einen Beitrag zur weiteren Ausbreitung des globalen Entwicklungsapparates leistet.

Die moralische Dringlichkeit, die Probleme der Unterentwicklung zu beseitigen, der Handlungsdruck, der daraus entsteht, lässt und treibt die Expertokratie an, Projekte als permanente Inseln der Außerordentlichkeit, der Simulation einer besseren Welt, voranzutreiben. »Gerechtigkeit wartet nicht«, schreibt Jacques Derrida (1991, 53f., Hervorhebungen im Original): »Eine gerechte, angemessene Entscheidung ist immer sofort, *unmittelbar* erforderlich, [...] der Augenblick der *Entscheidung* [...] stets ein endlicher Augenblick der Dringlichkeit und Überstürzung.« Derrida, nennt dies die Dringlichkeit, die den Horizont des Wissens versperrt. Auch der Raum der Deliberation untersteht dieser Dringlichkeit, schlussendlich eine Entscheidung zu treffen. Deshalb wohnt »jedem Entscheidungs-Ereignis [...] das Unentscheidbare wie ein Gespenst inne« (Derrida 1991, 50f.). Gegen diese Art Drang, als Aktivistin oder Planerin »etwas Außerordentliches als Ereignis zustande zu bringen«, hat Bazon Brock das »Motiv der Selbstfesselung« (Brock 2010, 149 bzw. 157) gestellt: »Souverän ist nur noch, wer den Normalzustand garantiert« (ebd., 149). Gegen die Hybris der Aktivistin, der Planerin oder der Expertin, die das Außerordentliche, den Ausnahmezustand, den Drang zur Entscheidung zur Normalität macht, besteht Brock darauf, dass »Souveränität in der Herstellung des Nicht-Ereignisses« (ebd., 154) zu sehen sei.